



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

BUND-Stellungnahme zu den Plänen für LNG-Terminals in Deutschland angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat Europa über Nacht in eine schwere Krise gestürzt, die auch die Energieversorgung betrifft.

In dieser Situation haben die Pläne für LNG-Terminals entlang der Unterelbe, gegen die sich der BUND Hamburg gemeinsam mit anderen Landesverbänden und dem Bundesverband seit Jahren einsetzt, neuen Aufwind erhalten.¹ Statt den bisher bis zu drei geplanten Terminals an Elbe und Nordsee sind jetzt für Deutschland bis zu elf Terminals im Gespräch.² Auch für Hamburg selbst ist jetzt ein schwimmendes Terminal (FSRU, Floating Storage and Regasification Unit) angedacht.

Die Bundesregierung treibt diese Pläne massiv voran und will dafür nicht nur 3 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung stellen, sondern auch diverse Planungs- und Genehmigungsschritte überspringen, u.a. die Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Der BUND Hamburg steht hinter dem Ziel, dass Deutschland möglichst schnell unabhängig von Erdgasimporten aus Russland wird.

In der aktuellen Situation, in der die geopolitische Krise auf die Klimakrise trifft, braucht es aber ein belastbares Konzept statt blindem Aktionismus.

- Die Bundesregierung kann ihre Pläne nicht mit Daten zum Gasbedarf hinterlegen. Sie muss dazu eigene Daten erheben und größtmögliche Transparenz über den Gasbedarf herstellen. Aussagen aus der Industrie sind nicht neutral und können deshalb nicht als zuverlässig angesehen werden.
- Bevor über neue fossile Infrastruktur wie LNG-Terminals nachgedacht wird, müssen **alle kurzfristigen Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft** werden.
 - Die **Industrie** trägt etwa zu 50% zum Erdgasverbrauchs in Deutschland bei.³
 - Ein großer Anteil des Erdgases geht in die Ammoniaksynthese. Ammoniak wird vor allem für die Produktion von **Kunstdünger** benötigt. Durch Umstellung auf biologische Landwirtschaft und Reduktion des Düngereinsatzes kann der Gasbedarf deutlich verringert werden.
 - Ein weiterer Industriezweig mit hohem Erdgasbedarf ist die petrochemische Industrie als Vorstufe der **Kunststoffherzeugung**. Hier kann der Bedarf durch eine Verringerung des Kunststoffverbrauchs, u.a. durch einen Verzicht auf Kunststoffverpackungen und Einsatz von Mehrwegverpackungen, kurzfristig reduziert werden.
 - Im **Gebäudesektor** dürfen keine neuen **Gasheizungen** verbaut werden. Stattdessen müssen **Wärmepumpen** Verwendung finden oder Häuser an die **Fernwärme** angeschlossen werden.
 - Die **energetische Sanierung** von Gebäuden muss dringend voran gebracht werden, um mindestens die Ziele des Hamburger Klimaplanes (2% jährliche Sanierungsrate) zu erreichen. Für das Einhalten der Pariser Klimaziele wäre eine Sanierungsrate von 3% nötig.⁴ Mittelfristig kann der Erdgasverbrauch im Gebäudesektor dadurch reduziert werden.
 - Auf den Gasverbrauch in der **Fernwärme** kann der Senat direkt Einfluss nehmen. Hier müssen vermehrt **Großwärmepumpen** eingesetzt werden. Die für den Standort Dradenau geplante

1 Siehe zum allgemeinen Hintergrund die gemeinsame Stellungnahme von BUND SH, NDS, HH und dem Bundesverband aus 2019. Das vorliegende Papier nimmt zu aktuellen Entwicklungen angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine Stellung und soll die Positionierung aus 2019 im Übrigen nicht ersetzen.

2 Deutscher Bundestag – Drucksache 20/1742

3 Energieeffizienz in Zahlen. Entwicklungen und Trends in Deutschland 2021, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Dezember 2021 und eigene Berechnungen

4 Siehe auch Klimakrisenplan des BUND Hamburg - <https://www.bund-hamburg.de/service/publikationen/detail/publication/klimakrisenplan-bund-hamburg/> (2019)

Wärmepumpe wurde in den Planungsschritten der letzten Jahre immer kleiner geplant (zuletzt 20 MW). Hier sollte mindestens eine Wärmepumpe mit einer Leistung von 60 MW installiert werden. Auch für den Ersatz des Kohlekraftwerks Tiefstack sollte eine Großwärmepumpe in Betracht gezogen werden. Diese Wärmepumpen sollten so ausgelegt werden, dass sie möglichst auch unabhängig von den Gaskraftwerken (GuDs) an den jeweiligen Standorten betrieben werden können. Dies kann u.a. durch eine Anhebung des Temperaturniveaus der Wärmepumpen und / oder die Kombination mit Wärmespeichern erreicht werden.

- Um den Ausstieg aus den fossilen Energien nicht zu verlangsamen und keine neuen fossilen Lock-In-Effekte zu schaffen, darf es **keine langfristigen Festlegungen** für fossile Energieträger geben.
 - Deshalb sind **Anpassungen an bestehender Infrastruktur** unbedingt dem Neubau von Anlagen für fossile Energieträger vorzuziehen. So können zum Beispiel Pipelines mit geringem Aufwand modifiziert werden, um den Betrieb in beide Richtungen zu ermöglichen. Damit können bestehende LNG-Terminals in den europäischen Nachbarländern übergangsweise für die deutsche Erdgasversorgung mitgenutzt werden. Laut einer Berechnung des Beratungsunternehmens Artelys⁵ reichen die bestehenden Pipelines und Terminals in Mitteleuropa aus, um die Versorgungssicherheit mit Erdgas unabhängig von Russland sicher zu stellen.
 - **Langfristige Lieferverträge** für LNG sind zu vermeiden, auch für Lieferungen über Terminals in Nachbarländern.
- Wegen der extremen Klimaschädlichkeit und weiterer Umweltauswirkungen der **Fracking-Technologie** darf in keinem Fall LNG aus Fracking-Quellen importiert werden, auch nicht über Terminals in den Nachbarländern.
- In keinem Fall dürfen die Umweltverträglichkeitsprüfung oder Umweltauflagen wegfallen oder die Zivilgesellschaft aus Entscheidungen ausgeschlossen werden.

Der BUND Hamburg lehnt ein übereiltes und faktenfreies Genehmigungsverfahren zum Bau von LNG-Terminals in Deutschland unter Ausschluss der aktuell rechtsgültigen Verfahrensschritte, insbesondere der Umweltverträglichkeitsprüfung und des zivilgesellschaftlichen Beteiligungsverfahrens, ab. Die unter diesen Bedingungen geplanten LNG-Terminals in Deutschland werden vom BUND Hamburg entschieden abgelehnt. Der BUND Hamburg unterstützt den Widerspruch des Bundesverbandes gemeinsam mit NABU und WWF gegen die Genehmigung des LNG-Terminals in Wilhelmshaven. Auch für den BUND Hamburg gilt das Wort der „klaren Kante“ gegen die provokanten Planungen und abgekürzten Verfahren.

5 Artelys: Does phasing-out Russian gas require new gas infrastructure? <https://elperiodicodelaenergia.com/wp-content/uploads/2022/05/Artelys-Russian-gas-phase-out.pdf> (2022, finanziert durch European Climate Foundation)